

Folie 1

Formatvorlage des Unternehmens durch Klicken bearbeiten
Der Neoliberalismus ist gescheitert.
Den Rückfall in Nationalismus und Kampf der Nationen verhindern.
Internationale Kooperation und sofortige Beendigung der
Austeritätspolitik sind notwendig.

Folie 2

- **1. Die Weltwirtschaft ist in der schwierigsten Lage seit den 1930er Jahren.**
- 5 Jahre nach Ausbruch der Krise ist in den USA, Japan u. Europa kein Aufschwung in Sicht. Hingegen steigt die Armut u. Arbeitslosigkeit.
- Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Konkurrenz zwischen den Volkswirtschaften hat zu einem Unterbietungswettlauf geführt u. als Folge: Zunahme der Ungleichheit u. Jugendarbeitslosigkeit.
-

- Die Finanzkrise 2008 entstand wegen Deregulierung; als die Banken pleite waren sprangen die Regierungen ein, um sie zu retten. Dies ließ die Staatsverschuldung rapid ansteigen.
- Kurz waren die Auswirkungen auf die Realwirtschaft verhindert worden. Die Austeritätspolitik (Staatsschuldenabbau ...) führt jedoch zu einer tiefen Rezession, bzw. Depression.
-

-
- Die Schwellenländer (Brasilien, Mexiko, Indienetc.) können sich nicht von den Industrieländern abkoppeln.
- China bildet eine Ausnahme: die Weichen wurden richtig gestellt: Verteilung des Reichtums gleichmäßiger durchgeführt, was zu starkem Binnenkonsum führte.
-

- Die kleineren u. ärmeren Entwicklungsländer hängen jedoch von den Industrieländern u. von internationalen Geldgebern ab u. übernehmen zwangsweise deren falschen neoklassischen Rezepte.

(insbesondere was den Arbeitsmarkt betrifft)

-

2. Die Finanzkrise und darauffolgende Krise der Realwirtschaft sind keine Naturereignisse, sondern die Folge von ökonomischen Irrlehren. Die Lehren aus der großen Depression (30-er Jahre) wurden verdrängt. Die objektive Unsicherheit hat eine große Bedeutung u. die Rolle des Staates wäre hier wichtig

- Die Finanzmärkte wären effizient, wenn sie vollkommene Freiheiten hätten u. die Märkte würden von selbst die Gleichgewichtspreise erzeugen.
- Der Arbeitsmarkt würde gleich funktionieren wie jeder andere Gütermarkt. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit bräuchte man nur flexible Arbeitsverhältnisse und flexible Löhne.
- Lohnsenkungen in den reichen Ländern wären zur Arbeitsplatzerhaltung notwendig.
-

- Die Geldpolitik sollte unabhängig von jeder Politik sein u. würde dann jede Krise überwinden.
- Politisch unabhängige Zentralbanken wären der Garant für Preisstabilität, weil sie die Geldversorgung den objektiven Bedürfnissen der Wirtschaft anpassen würden. (die Politik würde eher Inflation zur Staatsschuldenverringerung zulassen)
-

- Politisches Eingreifen auf die Finanzpolitik würde nur stören u. Ineffizienzen hervorrufen. Eine Preisfindung wäre durch die Politik verfehlt.
- Sogar Infrastrukturinvestitionen könnten private Investoren besser durchführen als der Staat.
- Die Privatisierung aller Lebensbereiche führe zu einer optimalen Ordnung zwischen Staat und Markt.
- Hohe Steuern wären Gift für die Wirtschaft, weil sie die Investitionsfreudigkeit behindern würden. Staatliche Eingriffe hätten grundsätzlich negative Auswirkungen.
-

3. Das alles wurde überzeugend und unterstützt von viel Geld vorgetragen. Es ist jedoch grundlegend falsch: denn:

- Liberalisierte Finanzmärkte sind instabil und führen zu Fehlzuteilungen von Ressourcen.
- Sie bringen falsche – überhöhte – falsche Preise hervor.
- Die Blase am amerikanischen Hypothekenmarkt hat gezeigt, dass solche Märkte sich von der Wirklichkeit abkoppeln u. auf falsche Preiserwartungen setzen. Dies gilt auch für andere Märkte. z.B. Währungsmärkte sind ebenso instabil weil zinsdifferenzbasierte Spekulation die Währungen von Hochzins- und Hochinflationländern aufwerten. (das gleiche geschieht auf dem Rohstoffsektor. Sind Preise aber von physischem Angebot und der Nachfrage entkoppelt, richten sie enormen Schaden an.

-

- Auch Arbeitsmärkte sind instabil. Dies zeigt die Tatsache, dass nach der Finanzkrise trotz des niedrigsten Lohnniveaus der Nachkriegsgeschichte in den entwickelten Ländern die Arbeitslosigkeit auf den höchsten Wert über 50 Jahre gestiegen ist.
- Denn: sinkende Löhne bewirken sinkende Nachfrage nach Konsumgütern. Siehe Entwicklung in Südeuropa (Gr; Port.....)

- Wer auf Lohnsenkung und kompetitive Abwertung seiner Währung setzt, riskiert eine Deflations- u. Depressionsspirale, die die ganze Welt erfassen kann.
- Ohne eine Lohnpolitik, die Nominallohnwachstum am Produktivitatserfolg plus dem Inflationsziel ausrichtet gibt es keine Rückkehr zu normalen zyklischen Mustern.
-

- Trotz einer Nullzins-geldpolitik , hoher Gewinne der Betriebe kommt es zu keinen stärkeren Investitionen, da die Konsumnachfrage fehlt. (S. 198)
- Gegen das Sparen der privaten Haushalte hilft nur eine aktive und expansive Finanzpolitik
- (durch die gestiegenen Staatsschulden in USA u. EU investiert der Staat nicht mehr; das ist ein großer Fehler) Japan macht seit 10 Jahren die Ausnahme.
-

4. Eine radikal andere Wirtschaftspolitik muss umgesetzt werden

Die Politik muss die Macht der Finanzmärkte drastisch einschränken. Wetten müssen verboten werden. Der Staat muss eine Zulassungsstelle einrichten, die vor der Markteinführung eines neuen „Finanzproduktes“ prüft, ob es die Kriterien gesellschaftlichen Nutzens erfüllt.

Die Arbeitsmärkte der westlichen Welt müssen nicht weiter flexibilisiert, sondern auf stabile Erträge für die Menschen ausgerichtet werden. Da der Markt für Arbeit instabil ist, muss der Staat weiteren Lohndruck durch gestiegene Arbeitslosigkeit verhindern.

- Die Geldpolitik muss die Deflationsgefahr bekämpfen u. direkt für Investitionen und Beschäftigung verantwortlich gemacht werden und zu Investitionstätigkeiten eingesetzt werden.
- (die EZB konzentriert sich nur auf Inflationsbegrenzung)
- Eine stärkere Rezession kann nur verhindert werden, wenn kreditfinanzierte Maßnahmen umgesetzt werden. (vom Staat) . Öffentliche Schulden müssen enttabuisiert werden. Die Unternehmen müssen in die Rolle von Schuldner gedrängt werden.
-

- Der von einigen Ländern gewählte Weg, Leistungsbilanzüberschüsse zu bilden und damit eigene Ersparnisse systematisch im Ausland anzulegen, muss durch ein neues Weltwährungssystem unterbunden werden. Europa muss die Austeritäts- u. Lohnsenkungspolitik in den Defizitländern der Eurozone sofort beenden.

5. Die globale Wirtschaftspolitik muss auf allen Ebenen die Konsequenzen aus dem Scheitern des Neoliberalismus ziehen sonst sind Wohlstand und die demokratische Ordnung gefährdet.

- Die Jugend braucht eine Perspektive; Jugendarbeitslosigkeit von 50% in reichen Gesellschaften belegt das Versagen des gesamten europäischen Systems.
- Wohlstand für alle ist nicht nur möglich, sondern in einer funktionierenden Wirtschaft notwendig
- die Wirtschaft kann nur wachsen, wenn die Erträge, die alle gemeinsam erwirtschaften, auch allen beim Zuwachs ihrer Einkommen in gleicher Weise zugutekommen.

•

-
- Demokratie funktioniert nur bei einer angemessenen Machtverteilung, ebenso wie in der Politik u. der Wirtschaft.
- Vollbeschäftigung muss ein Ziel der Politik sein, denn nur sie kann die Machtbalance am Arbeitsmarkt sichern.

-
-
- Die ökologischen Grenzen der wirtschaftlichen Entwicklung sind zu respektieren. Ein schwacher Staat kann auch diese Aufgabe nicht leisten. Eine ganz andere Richtung der Entwicklung muss eingeschlagen werden.
-